

Stadtratsfraktion
Nürnberg

SPD

RATHAUS DEPESCHE

INFORMATIONEN DER SPD-STADTRATSFRAKTION

Mehr über unsere Arbeit auf: www.spd-stadtratsfraktion.nuernberg.de oder facebook: SPD Nürnberg

Vorwort

Liebe Leserinnen
und Leser der SPD-
Rathaus-Depesche,


wir sind mit großen und umfassenden Themen in das neue Jahr gestartet, für das wir Ihnen auf diesem Weg noch das Allerbeste wünschen.

Die Auswirkungen der Corona-Pandemie greifen nach wie vor tief in unser aller Leben ein – sei es beruflich oder privat. Der Umgang mit den Folgen der Pandemie und die Verbesserung der Situation aller Menschen in Nürnberg stehen deshalb für uns weiterhin an erster Stelle.

Darüber hinaus gibt es aber auch andere bedeutende Zukunftsthemen, die wir ebenfalls konsequent angehen: Mit dem druckfrischen Mobilitätspakt bringen wir einiges buchstäblich ins Rollen, sowohl für Radfahrer, Fußgänger als auch den Öffentlichen Nahverkehr wird es deutliche Verbesserungen geben - ein Meilenstein für die Mobilitätswende in Nürnberg! Wir informieren über die einzige Jugendbildungsstätte in Mittelfranken, die Burg Hoheneck, die dringend sanierungsbedürftig ist. Wir wollen gemeinsam das Gedenken an die Nürnberger NSU-Opfer mehr in den Mittelpunkt stellen. Nicht zuletzt fordern wir die Einrichtung einer Ethikkommission um unsere Pflegeheime noch besser zu unterstützen.

Lesen Sie außerdem in dieser Ausgabe über unseren Standpunkt zu den Demonstrationen von Corona-Leugnern in Nürnberg, die Pläne für das Nachbarschaftshaus Gostenhof, unsere Initiative Stadtratsarbeit digitaler zu machen, die Neugestaltung eines Stadtteilplatzes in St. Peter und eine sinnvolle Verbesserung bei der Entsorgung von Gartenabfällen, die die Menschen im Nürnberger Norden betrifft.

Ich wünsche Ihnen viel Spaß beim Lesen der Depesche, aber vor allem: Bleiben Sie gesund!

C. Arabackj

Ihre
Claudia Arabackj stv. Fraktionsvorsitzende

Masterplan nachhaltige Mobilität statt Radentscheid: Fahrrad-, Fuß- und Nahverkehr gemeinsam stärken!



Die SPD hat sich mit den Stadtratsfraktionen von CSU, Bündnis 90 / Die Grünen und mit den Initiator*innen des Nürnberger Radentscheids auf einen Masterplan für nachhaltige Mobilität in Nürnberg verständigt. Dieser Beschluss fügt sich perfekt in eine lange Tradition von SPD-initiierten Beschlüssen für stadtverträgliche Mobilität. Unser Credo ist das Miteinander im Umweltverbund: Fußgänger, Radler und ÖPNV zusammen zu denken.

Die Einigung ist ein weiterer Meilenstein für die Mobilitätswende in Nürnberg. Auf Basis

des Radentscheids wurde dabei ein deutlich weitergehender Richtungsbeschluss für den Umweltverbund im Stadtrat gefasst, weshalb die Initiator*innen ihren geplanten Bürgerentscheid sogar zurückziehen.

Von dem Verhandlungserfolg profitieren nun nicht nur die Radler, sondern auch Fußgänger, Bus- und Bahn-Nutzer und vor allem: die Umwelt. Denn wir haben mit dem Masterplan einen ambitionierten Arbeitsplan zur Reduzierung des Autoverkehrs und den Ausbau der klimaschonenden Alternativen ausgerufen. Anstatt nur auf einen >>

Verkehrsträger zu blicken, geht es dem Masterplan um ein Miteinander der Verkehrsträger und das gemeinsame Ziel, CO2-neutrale Mobilität der Zukunft zu ermöglichen.

Die SPD setzt sich für den sukzessiven Ausbau der Öffentlichen Verkehrsmittel als auch für Platz für Fußgänger ein. In der vergangenen Amtsperiode haben wir zudem einen Fokus auf das Rad gesetzt: Neben den Fahrradstraßen und den ambitionierten Radvorrangrouten hat die SPD auch maßgeblich die Erhöhung des Radverkehrsetats auf den Weg gebracht.

Schon Ende letzten Jahres hat die SPD-Fraktion deshalb öffentlich kundgetan, eine aufwendige Abstimmung und Stimmenaushandlung im Rahmen eines Bürgerentscheids in Corona-Zeiten vermeiden zu wollen. Stattdessen hat die SPD-Fraktion auf Verhandlungen mit den Initiatoren des Radentscheids gesetzt, die nun gezeichnet haben. Dadurch spart sich die Allgemeinheit Kosten in Höhe von 700.000 Euro, die nun in nachhaltigen Verkehrsmaßnahmen besser angelegt sind.

Weitere Informationen:
Thorsten Brehm;
Nasser Ahmed;
spd@stadt.nuernberg.de



Impressum

Herausgeber:
SPD Unterbezirk Nürnberg
Karl-Bröger-Str. 9
90459 Nürnberg

Verantwortlich:
Thorsten Brehm

Redaktion:
Michael Arnold, Thorsten Brehm

Grafische Gestaltung:
Michael Graf

E-Mail: spd@stadt.nuernberg.de

Tel: 0911 - 2312906

Fax: 0911 - 2313895

Stadtratsfraktion
Nürnberg

SPD

Unterstützung für Pflegeheime in Zeiten von Corona - Einführung einer Ethikkommission



Städtische Pflegeeinrichtungen verfügen, ebenso wie ein Großteil in privater Trägerschaft, über sinnvolle Konzepte, die ihr Personal und ihre Bewohner*innen in der aktuellen Corona-Situation schützen. Manche Anbieter sind dabei allerdings logistisch und konzeptionell überfordert.

Es bereitet uns Sorge, wenn Nürnberger Heime nicht alleine in der Lage sind PoC-Testungen für Angehörige zu organisieren. Wir als SPD wollen deshalb, dass allen Pflegeeinrichtungen ausreichend Testmöglichkeiten zur Verfügung gestellt werden – für Bewohner*innen, Angehörige und Personal. Hier muss der Freistaat Bayern aus unserer Sicht aktiv werden. Besuchsverbote müssen wir unbedingt verhindern. Einschränkungen im Besuchsrecht führen nicht nur zur Vereinsamung von Menschen. Demenzkranke sind zum Beispiel auf vertraute Kontakte angewiesen, weil sich Symptome sonst verschlimmern können.

Darüber hinaus tun sich auch in Pflegeeinrichtungen derzeit viele Fragen und ethi-

sche Konflikte auf - zum Beispiel bei Entscheidungen bzgl. Einschränkungen für die hilfs- und pflegebedürftigen Bewohner*innen. Hier kann die bereits eingebrachte SPD-Idee einer Ethikkommission konkret weiterhelfen. Eine Ethikkommission führt zu mehr Transparenz und ermöglicht bei schwierigen Fragestellungen einen breiten Diskurs. Dabei kann auch ein Leitfaden für Pflegeeinrichtungen erarbeitet werden, der gerade den Angehörigen und Bewohner*innen die nötige Sicherheit gibt.

Die Sozialreferentin Elisabeth Ries (SPD) hat den Vorschlag einer solchen Kommission bereits in der Nürnberger Pflegekonferenz, einem Gremium der Einrichtungsträger und der Verwaltung, eingebracht und viel positives Feedback erhalten.

Weitere Informationen:
Jasmin Bieswanger;
Fabian Meissner;
spd@stadt.nuernberg.de



Zukunft von Burg Hoheneck sichern

Bereits seit 1984 betreibt der Kreisjugendring Nürnberg-Stadt erfolgreich die einzige mittelfränkische Jugendbildungsstätte - die Burg Hoheneck. Sie ist die einzige Burg, die der Stadt Nürnberg wirklich gehört. Die laufenden Zuschüsse hierfür erfolgen sowohl durch die Stadt, den Bezirk Mittelfranken als auch durch Personalkostenzuschüsse seitens des Bayerischen Jugendrings.

Die Burg Hoheneck als wichtiger Ort der außerschulischen Bildungsarbeit ist eine Einrichtung, die die Entwicklung der hohen fachlichen Standards der Nürnberger Jugendarbeit zum Ausdruck bringt. Durch die Stadt Nürnberg wird es hier möglich, ehrenamtliche Jugendleiter*innen aus den

Jugendverbänden Nürnbergs und der Region sowie hauptberufliche Fachkräfte der Offenen Kinder- und Jugendarbeit durch vielfältige Angebote fortzubilden. Dies trägt zur bundesweit anerkannten Qualität der Kinder- und Jugendarbeit in Nürnberg bei. Auch Jugendbildungsseminare für Schulklassen, die bezirksweit in Anspruch genommen werden, sind ein weiteres wichtiges Angebot der Burg.

Seit Aufnahme der Jugendbildungsarbeit vor 36 Jahren fand keine größere Sanierungsmaßnahme statt. Bereits seit zehn Jahren meldet der Kreisjugendring einen wachsenden Sanierungsbedarf an. Dabei geht es sowohl um den allgemeinen Standard

moderner Bildungseinrichtungen als auch die dringend notwendige Erweiterung um barrierefrei zu werden.

Als SPD wollen wir die Zukunft von Burg Hoheneck für die Jugendbildung auch weiterhin sichern. Aufgrund der überregionalen Bedeutung als Jugendbildungsstätte ist aus unserer Sicht zudem eine stärkere finanzielle Unterstützung von Bezirk und Land für Bau, Betrieb und Unterhalt angezeigt. Wir haben deshalb die Stadtverwaltung beauftragt, hierfür die notwendigen Gespräche und Verhandlungen mit dem Bezirk Mittelfranken und dem Freistaat Bayern aufzunehmen.

Weitere Informationen:
Claudia Arabackyj;
spd@stadt.nuernberg.de



Stabile VAG-Fahrpreise und günstigeres Sozialticket für 15 Euro



Foto: SPD-Stadtratsfraktion

Seit dem 1. Januar gibt es das neue Sozialticket „Solo 31 Nürnberg-Pass“, mit dem man für 15 Euro rund um die Uhr mobil sein kann. Anspruchsberechtigt sind alle Besitzer*innen des Nürnberg-Passes. Bisher kostete das Ticket 32,40 Euro, ausgeschlossen waren Fahrten im Berufsverkehr von Montag bis Freitag zwischen 6 und 8 Uhr.

Mobilität und gesellschaftliche Teilhabe gehen aus Sicht der SPD Hand in Hand. Deshalb hoffen wir, dass sich das Ticket einer großen Nachfrage erfreut. Besonders wichtig ist uns dabei, dass das neue Angebot für viele Menschen, die trotz Arbeit und Einkommen auf Leistungen der Grundsicherung angewiesen

sind, eine echte Ersparnis und finanzielle Erleichterung bedeutet.

Ein weiterer zentraler Aspekt ist zudem, dass wir das zweite Jahr in Folge bewusst auf eine Tarifierhöhung bei der VAG verzichten. Damit setzen wir ein klares Zeichen, dass wir es mit der Verkehrswende ernst meinen und wir perspektivisch viele neue Kund*innen für die öffentlichen Verkehrsmittel gewinnen wollen. Hierfür werden wir die Entwicklung der Fahrgastzahlen auch nach Corona weiter im Blick behalten müssen.

Spannend wird das neue Jahr auch bezogen auf das 365-Euro-Jahresticket für alle,

das spätestens 2023 eingeführt werden soll. Leider fehlt seitens des Freistaats Bayern immer noch die Zusage, sich an den Kosten zu beteiligen. Das ist bedauerlich, steht das Vorhaben doch auch im bayerischen Koalitionsvertrag zwischen CSU und Freien Wählern. Wir werden deshalb weiter Druck machen und Überzeugungsarbeit leisten müssen, damit sich auch die Staatsregierung endlich angemessen an den Kosten einer wirklichen Verkehrswende beteiligt.

Weitere Informationen:
Thorsten Brehm;
spd@stadt.nuernberg.de



Eine Perspektive für das Nachbarschaftshaus Gostenhof

Das Nachbarschaftshaus Gostenhof (NHG) ist seit Jahrzehnten eine wichtige Institution, nicht nur für den Stadtteil Gostenhof, sondern auch für die gesamte Stadtgesellschaft. Aktuell sind über 100 Vereine dort vertreten. Egal ob Beratungsstelle, Zuwandererorganisation, sozialpolitische Initiative, Selbsthilfegruppe oder der Behindertenrat der Stadt Nürnberg – sie alle tragen zu dem bunten und pulsierenden Angebot bei, welches dieses Haus ausmacht.

Wir als SPD-Stadtratsfraktion wollen, dass dieses pulsierende Leben und die so wichtige Arbeit noch lange im Nachbarschaftshaus stattfinden können. Wie wir alle wissen, bedarf das Gebäude jedoch dringend einer umfassenden Sanierung. Für diese Zeit braucht es eine Interimslösung, damit

die ansässigen Vereine und Akteure weiterhin ihren wichtigen Beitrag für die Stadtgesellschaft leisten können.

Ende des 1. Quartals 2021 wird voraussichtlich die Feuerwehr aus der Alten Feuerwache in der Reutersbrunnenstraße ausgezogen sein. Damit stünde das Areal als Interimsstätte für das Nachbarschaftshaus Gostenhof grundsätzlich zur Verfügung. Diese Chance sollte aus unserer Sicht ergriffen werden. Da dieses Datum immer näher rückt, braucht es nun ein klares Bekenntnis zu dieser Idee und Pläne zur Konkretisierung. Wir haben die Stadtverwaltung deshalb per Antrag aufgefordert Maßnahmen zu treffen, dass auf dem Gelände der Alten Feuerwache während der Sanierungszeit ein Interim für des NHG errichtet werden kann.

Zudem sehen wir in der Sanierung des NHG die Chance das Haus konzeptionell zu stärken und weiterzuentwickeln. Neben Maßnahmen zum Brandschutz und für mehr Barrierefreiheit sollte auch das (Raum-)Konzept überarbeitet werden, um den unterschiedlichen Nutzungsbedürfnissen und -wünschen gerecht zu werden. Wir wollen deshalb, dass die Stadtverwaltung unter Beteiligung der Nutzer*innen ein aktualisiertes Nutzungskonzept und damit einhergehend ein entsprechendes Sanierungskonzept für das bestehende Nachbarschaftshaus Gostenhof erarbeitet.

Weitere Informationen:
Yasemin Yilmaz;
spd@stadt.nuernberg.de



SPLITTER AUS DEM STADTRAT UND DEN STADTTEILEN

GEDENKEN AN DIE NÜRNBERGER NSU-OPFER

Zwischen 2000 und 2005 wurden in Nürnberg Enver Şimşek, Abdurrahim Özüdoğru und İsmail Yaşar heimtückisch durch den sog. „Nationalsozialistischen Untergrund (NSU)“ ermordet. In der Stadt der Menschenrechte wollen wir, dass mehr für das Gedenken der NSU-Opfer getan wird. Aus diesem Grund haben wir mit DIE LINKE und Bündnis 90/Die Grünen die Stadt aufgefordert, an den drei Tatorten Gedenktafeln zu errichten, die außer biografischen Daten der Ermordeten, Informationen zu dem NSU-Komplex enthalten. Zudem wird geprüft, im Umfeld der jeweiligen Tatorte, Straßen(-abschnitte) oder Plätze nach den drei Mitbürgern zu benennen und damit das Gedenken an sie zu bewahren.

DIGITALE STADTRATSARBEIT IM 21. JAHRHUNDERT

Die Corona-Pandemie schränkt das private und berufliche Umfeld aller Menschen ein. Auch die Arbeit in den Gremien des Stadtrats bleiben davon nicht verschont. Als SPD wollen wir deshalb Lösungen entwickeln, die dem demokratischen Diskurs der Stadtgesellschaft während Corona aber auch danach gerecht werden. Dabei geht es z.B. um die Prozessoptimierung zur Bereitstellung der digitalen Ausschussvorlagen sowie die Prüfung etwaiger Live-Stream-Möglichkeiten. Zur Ausarbeitung einer digitalen Ratsarbeit im 21. Jahrhundert wollen wir zudem eine fraktions- und parteiübergreifende Arbeitsgruppe unter Beteiligung der Verwal-

tung, die hierfür realistische und umsetzbare Formate und Konzepte erarbeitet. Der Digitalisierungsschub der aktuellen Situation soll damit dauerhaft für die Ratsarbeit und den kommunalpolitischen Diskurs genutzt werden.

QUERDENKER-DEMONSTRATIONEN

Am 3. Januar fanden sich am Hauptmarkt hunderte selbsternannten Querdenker, Corona-Leugner und Rechtsextreme ein. Sie standen dicht gedrängt, häufig ohne Abstand zu halten, teilweise ohne Mund-Nasen-Schutz. Ein solches Verhalten ist in der Pandemie rücksichtslos und verstößt bei dem Infektionsgeschehen gegen geltendes Recht. Das wollen wir so nicht hinnehmen und so etwas darf sich nicht wiederholen. Aus unserer Sicht war absehbar, dass aus dem genannten politischen Dunstkreis gegen die amtlichen Auflagen verstoßen wird. Bei derartigen Verstößen muss eine Demonstration früher und konsequenter aufgelöst werden. Als SPD behalten wir das weitere Querdenker-Demonstrationsgeschehen und die im Vorfeld erteilten oder versagten Genehmigungen konsequent im Blick. Hierfür lassen wir uns von der Stadtverwaltung laufend berichten.

MEHR GRÜN UND MEHR AUFENTHALTSQUALITÄT - BLEICH- PLATZ IN ST. PETER GESTALTET

Im August 2019 startete die SPD einen Planungsprozess mit den Bewohner*innen um die Neubleiche in St. Peter. Ziel dabei war es

den Stadtteilplatz als Herzstück für die Menschen vor Ort attraktiver zu machen. Diese Initiative der SPD wird nun umgesetzt. Wir konnten Baumfällungen verhindern und zudem gemeinsam mit den Menschen vor Ort die Aufenthaltsqualität entwickeln und verbessern. Der Prozess war zudem der Startpunkt für das SPD-Projekt „Möglichkeitsraum“. Die Rathaus-SPD initiierte in der Folge ein Sonderprogramm für Stadtteil-Initiativen, die damit unattraktive Plätze und Straßen in nachbarschaftliche Lebenswelten verwandeln können. Und auch unser positiver Umgang mit den Bäumen vor Ort hat in der Nürnberger Stadtplanung insgesamt zu einem Paradigmenwechsel geführt.

NEUE GARTENABFALLSAMMEL- STELLE IN DER BAMBERGER STRASSE

Die sieben städtischen Gartenabfallsammelstellen liegen mehrheitlich im Süden des Nürnberger Stadtgebietes. Bürger*innen aus Schniegling, Wetzendorf etc. müssen daher ihren Abfall bis nach Ziegelstein verbringen. Im Bereich der Bamberger Straße besitzt die Stadt allerdings ein Grundstück, dass bisher von einer Baufirma für ihre Baustelleneinrichtung verwendet wurde. Nachdem die Bauarbeiten dort nun beendet worden sind, haben wir die Stadt aufgefordert dort die Einrichtung einer neuen Gartenabfallsammelstelle zu prüfen. Dies würde die bestehenden Sammelstellen im Nürnberger Norden entlasten und unnötigen Verkehr im Norden verhindern.